Zweite Ausgabe.

№ 2. Sonnabend, 8. Oktober. 1864.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Die erste Ausgabe von No. 2. der Verfassung ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. Da wir vermuthen, daß der Leitartikel: „Schaffet Frieden im Lande" Anlaß zu der Maßregel gegeben hat, so lassen wir hiermit unsern geehrten Abonnenten eine zweite Ausgabe zukommen, in der der Leitartikel durch einen anderen ersetzt ist.

Was kann der Urwähler thun, daß es besser werde?

Wer seine Lage verbessern will, muß vor allen Dingen die Gefahren abzuwenden trachten, die ihn noch weiter rückwärts zu bringen drohen, und gleichzeitig muß er sich den Weg klar machen, auf welchem das Bessere dann geschaffen werden kann.

Die Gefahren, die uns Alle politisch bedrohen, kommen aber sämmtlich aus Einer Richtung, wenn sie auch gelegentlich in doppelter Gestalt vor uns treten, nemlich als Reaktion und Revolution.

Diese beiden undeutschen Worte haben nemlich einen und denselben gemeinsamen Kern, der darin besteht, daß Gewalt vor Recht geht. Wenn die Gewalt, die vor Recht gehen will, sich selber in den Schein des Rechts kleidet und ihren Zweck in äußerlich friedlicher Weise zu erreichen sucht, nennt man sie heutzutage Reaktion. Wenn die Gewalt, die vor Recht gehen will, aber so weit vorschreitet, daß sie endlich das Recht selber zur Gewaltthat, zur Nothwehr der Verzweiflung treibt, oder wenn sie selbst zum Schwerte greift, so entsteht die Revolution, die Steigerung der Reaktion.

Die Reaktion will auf ihren gewundenen Wegen statt des Rechtes das Vorrecht, und je größer und mannigfaltiger die Vorrechte eines Theiles der menschlichen Gesellschaft sind, desto größer und mannigfaltiger müssen für den andern Theil die Nachtheile und Leiden werden. Zuletzt, freilich erst nach langen Verwüstungen, fallen diese Leiden sogar auf ihre Urheber von selbst zurück, denn das Gift der Uebelthäter schädigt nicht nur Andere, sondern steckt in ihnen selbst und kommt endlich zum Ausbruch. Will man also diese Gefahren beschwören, so muß man aufrichtig, wach und treu das strenge Recht zur Richtschnur seines ganzen Lebens machen und mithelfen, daß es zur öffentlichen Geltung komme: Dadurch sammelt man zugleich feurige Kohlen auf das Haupt seiner Gegner! Je mehr Gerechtigkeit aus diesem ganzen Thun und Lassen redet, desto mehr Respekt bekommen die Gegner doch vor uns, und den besseren unter ihnen fallen die Schuppen von den Augen oder sie schämen sich wenigstens, gegen das Recht offen zu Felde zu ziehen. Wenn aber erst jeder männiglich denkt: Thue Recht und scheue Niemand, so entsteht in jedem Dorf, in jeder Stadt, zuletzt im ganzen Lande eine so starke öffentliche Meinung für das Recht, daß die überbleibenden Reaktionäre in das Dunkel ihrer Erbärmlichkeit sich von selbst verkriechen. Viel Bäche machen einen Strom. Jeder Urwähler ist ein Bach. Ob Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit oder gar Nichts in ihm fließt, das ist seine eigene freie Wahl. Von den Urwählern also hängt es ab, ob der Strom der Reaktion das Land verwüstend überzieht, oder die Gerechtigkeit zur fruchtbringenden öffentlichen Geltung kommt.

Die zweite Gestalt, in welcher die Gewalt, welche vor dem Recht hergehen will, erscheint, ist die Revolution.

Da bei Revolutionen das angegriffene Recht es zu sein pflegt, das zuerst zu den Waffen greift, so lassen sich Manche täuschen, oder sehen in der, so zu sagen, freiwilligen Revolution ein Heil für das Recht.

Aber das ist ein schwerer Irrthum. Wenn ein Unterleibskranker sich durch tägliche gesunde Bewegung in frischer Luft kuriren kann, wird der wohl, bei einigem Verstande, statt dessen irgend eine Pferdekur brauchen, bei der er Leben und Alles riskirt? Dem Recht ist die Gewaltthat so zuwider, wie dem Gesunden die Krankheit. Wo der Kriegszustand erklärt ist, wird das gemeine Recht aufgehoben, und der Bürgerkrieg ist unter allen Kriegen der schrecklichste. Wer möchte durch solche Mittel seine Lage verbessern wollen, die Jedermann fürchten muß wie eine Feuersbrunst? Ist es nicht genug, daß wir es der Reaktion überlassen, ob sie in ihrer

Unverbesserlichkeit sich der Hervorrufung solcher Völkerbrände schuldig machen will?

Also Reaktion und Revolution, unser Aller gemeinsame Feinde, wachsen aus Einem Kern, aus dem Grundsatze: „Gewalt geht vor Recht."

Wer mithin das Umgekehrte will, daß also Recht vor Gewalt gehe, der ist unser Mann, nemlich wenn er es ernstlich will. Er fühlt sich dann selbst als ein guter Mensch, er weiß, daß er damit dem Vaterlande am besten dient, er hat keinen Menschen zu fürchten, wenn ihn auch der Vorgesetzte einmal schief ansieht, er hat die Achtung der Besten, und sorgt für sich selbst auf's Beste, denn ehrlich währt ja doch am längsten.

Mittel und Wege unsere Lage zu verbessern und Reaktion wie Revolution fern zu halten, ist also klar: Recht muß vor Gewalt gehen!

Aber das Recht geht nicht allein — wie die faulen Schlafmützen meinen — sondern es geht gerade so weit als die Menschen gehen, die das Recht lieb haben. Wie weit es in Preußen gehen soll, das liegt also in der Hand der Urwähler! Jeder Urwähler, der sein Recht nicht übt, und nicht so übt, daß durch seine Wahlstimme dem Recht vor der Gewalt eine Kraft zuwächst, der dient der Reaktion und Revolution und schlägt sich selbst in das Angesicht.

Thut denn nun der preußische Urwähler seine Schuldigkeit, damit es besser werde?

Ach, er hat kaum angefangen. Bei der letzten Wahl z. B. haben nachweislich von 100 Urwählern in erster Klasse 57—58, in zweiter Klasse 44—45, in dritter Klasse gar nur 27—28 ihre Stimme abgegeben, im Durchschnitt also nur 30 — 31, also noch nicht der dritte Theil! Nun, Ihr Urwähler, was klagt Ihr denn über allerlei Unbill, was klagt Ihr Menschen an, daß sie Euch beschädigen und drücken — wenn der Wahltag ruft und kaum ein Drittheil preußischer Urwähler hört und kommt und wählt vernünftig, so hat er nur sich selbst anzuklagen als Mitschuldiger daran, daß die Verfassung noch keine volle Wahrheit, die Gerechtigkeit noch nicht in voller Herrschaft ist.

Politische Wochenschau.

Preußen. Das Bündniß zwischen Preußen und Oesterreich, welches während der Dauer dieses Sommers die Heißsporne der rückwärts blickenden Partei mit der Hoffnung erfüllt hat, es werde in jeder Beziehung eine vollständige Rückkehr der alten Zeit angebahnt, steht augenblicklich auf sehr schwachen Füßen. Die Anforderungen, welche Oesterreich in der Zollvereinsangelegenheit an Preußen stellt, scheinen so unmöglich zu erfüllen zu sein, daß die in Prag begonnenen Unterhandlungen, trotz der größten Neigung, das politische Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen durch ein Zusammengehen in handelspolitischen Fragen zu befestigen, ohne ein wesentliches Resultat abgebrochen werden mußten. Während aber so das herzliche Einvernehmen mit Oesterreich seinem Ende entgegen geht, hört man verschiedentlich davon sprechen, daß an die Stelle dieses Bündnisses ein Bündniß zwischen Preußen und Frankreich treten wird, eine Nachricht, welche durch die Reise des Herrn v. Bismarck nach Frankreich an Glaubwürdigkeit gewinnt.

In Bezug auf die Entscheidung der Militärfrage scheint die Thatsache nicht unwichtig, daß beim Beginn des Winterhalbjahres nicht nur diejenigen Mannschaften entlassen sind, welche schon drei Jahre lang bei der Fahne gestanden haben, sondern daß auch von jeder Kompagnie 20 Mann entlassen sind, die erst im Jahre 1862 eingezogen wurden, also nur zwei Jahre gedient haben.

Der Abgeordnete Landgerichtsrath Grote, ein Mitglied der Fortschrittspartei, ist vom Disziplinarhofe des Obertribunals zur Dienstentsetzung ohne Pension verurtheilt worden. Der Schlag trifft einen langjährigen Beamten, welcher bis dahin in dem Glauben gelebt hatte, daß man seinen Posten treu und redlich ausfüllen und gleichzeitig für Ausbreitung seiner politischen Meinung offen und ehrlich wirken könne, sehr hart, um so mehr, als er in erster Instanz nur zur Zwangsversetzung und einer mäßigen Geldstrafe verurtheilt war. Ein gleiches Schicksal hat den Abgeordneten Parisius (Gardelegen) betroffen, welcher den Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 12. Sept. v. J. mitunterzeichnet hatte.

Der Abgeordnete Hölzer (Daun), der seit dem Jahre 1849 im preußischen Abgeordnetenhause gesessen, und zu den entschiedensten Mitgliedern des Linken Centrums gehörte, ist am 30. September d. J. gestorben.

Schleswig-Holstein. Die Friedensverhandlungen zeigen noch immer keine sichere Aussicht auf einen baldigen Abschluß; sowohl in der Grenzregulirungsfrage als auch in der Geldfrage tauchen fortwährend neue Hindernisse auf. Dänemark sträubt sich sehr entschieden gegen die so gerechtfertigte Forderung der Herzogthümer, daß nicht nur die Schulden des ehemaligen Königreichs, sondern auch alle Aktiva, welche hauptsächlich durch die Flotte und die Sundzollentschädigung repräsentirt werden, getheilt werden. Um die Friedensverhandlungen zu beschleunigen, ist die verbündete Armee angewiesen worden, in Jütland mit größerer Strenge aufzutreten.

Unterdessen scheinen neue Verhandlungen zwischen dem Herzog Friedrich VIII. und dem preußischen Hofe stattgefunden zu haben, wenigstens wird die Anwesenheit des Herrn v. Ahlefeldt, eines der Vertrauten des Herzogs, mit solchen Verhandlungen in Verbindung gebracht. Wie vielfach verlautet, ist von preußischer Seite die Entlassung der jetzigen liberalen Räthe des Herzogs gefordert worden, eine Forderung, deren Aufstellung zwar verschiedentlich abgeleugnet wird, die aber durch die Sprache der offiziösen Blätter an Glaubwürdigkeit gewinnt. Ja, diese Blätter machen es sehr wahrscheinlich, daß man noch über diese Forderung hinausgegangen ist, und von Schleswig-Holstein große Opfer fordert, falls sich Preußen geneigt zeigen soll, den Schutz des neuen Staates zu übernehmen. Möglich ist auch, daß hinter all diesen Verhandlungen, und hinter diesem scheinbar wechselnden Bevorzugen bald des Oldenburgers und bald des Augustenburgers noch immer die Absicht einer Annektion der Herzogthümer seitens Preußens verborgen liegt.

Hamburg. Mit Vergnügen berichten wir, daß auf dem großen Vereinstage, welchen die Zünftler Deutschlands in Köln gehalten haben, der Vertreter der in Hamburg lebenden Anhänger dieser mittelalterlichen Einrichtung erklärt hat, daß außer ihm nur noch ein Mitglied in dem gesetzgebenden Körper sei, welches diese Richtung vertrete; alle übrigen hätten erkannt, daß der Wohlstand des Volkes nur durch die volle Gewerbefreiheit gefordert werde.

Hannover. Trotzdem, daß die Erneuerung des Zollvereinsvertrages der Genehmigung durch die Stände bedarf, zweifelt man doch daran, daß dieselben noch in diesem Jahre wieder zusammenberufen werden.

Nassau. Die Mitglieder der liberalen Partei werden in diesem Lande wie „Verbrecher" behandelt, wenigstens hatten

die Gensdarmen, welche neulich eine gesellige Versammlung derselben störten, Handschellen bei sich. Die klerikale Partei dagegen welche die Regierung unterstützt, hat volle Freiheit für ihre Agitation zu den Wahlen, und ihr steht auch die „nassauische Landeszeitung" zur Verfügung, in welcher den Liberalen ganz offen vorgeworfen wird, sie wollten die Verfassung brechen.

Baden. Es hat sich in den letzten Tagen eine deutsche Fortschrittspartei in Baden gebildet, welche ihr Programm veröffentlicht hat. Dieses Programm, welches sich über alle vorliegenden Fragen ausspricht, verlangt die Schöpfung eines deutschen Bundesstaates durch Einberufung eines deutschen Parlaments, welches auf Grundlage der Reichsverfassung vom Jahre 1849 die Reichszustände feststellen soll. In den inneren Fragen stellt das Programm Forderungen auf, deren Durchführung nicht nur in Baden höchst wünschenswerth erscheint. So verlangen sie vollständige Trennung der Schule von der Kirche und Unterordnung der ersteren unter den Staat, Einführung der Civilehe, Umgestaltung des Heerwesens auf Grundlage allgemeiner Wehrpflicht und kurzer Dienstzeit u. s. f.

Baiern. Herr v. Schrenk, welcher so eifrig gegen den Zutritt Baierns zum rekonstruirten Zollverein gekämpft, und sogar mehrmals mit seinem Rücktritt gedroht hat, ist jetzt, nachdem die baierische Regierung endlich die Wünsche der ganzen Bevölkerung erfüllt hat und dem Zollverein beigetreten ist, von seinem Posten abgetreten.

Oesterreich. Durch den Abschluß der französisch-italienischen Konvention soll die beabsichtigte Armee-Reduktion unmöglich geworden sein. Diese Verringerung der Armee ist aber durch die Finanzlage des Kaiserstaates dringend geboten, und die Schwierigkeiten einer Anleihe werden sich wohl von Neuem gesteigert haben. Die Verlegenheit, welche durch diese Konvention in Wien hervorgerufen ist, ist aber nicht allein finanzieller Natur, die Gefahr eines neuen Krieges in Italien hat in Wien von Neuem das Bedürfniß nach Bündnissen mit andern Staaten rege gemacht, und man versucht es jetzt gleichzeitig mit Rußland, Preußen und England.

Zu der politischen Niederlage, welche Oesterreich befürchtet, kommt auch noch die Niederlage auf dem handelspolitischen Gebiete. Der Zollverein ist vollständig wieder hergestellt, und die Versuche Oesterreichs, entweder in eine Zolleinigung mit ihm zu treten, oder doch eine ganz besonders günstige Stellung ihm gegenüber einzunehmen, durch welche die vorgeschützte Zusammengehörigkeit angedeutet werden sollte, sind gescheitert. Ob Oesterreich daraus die Lehre ziehen wird, daß sein Einfluß in Deutschland so gering ist, daß er dem materiellen Interesse gegenüber nicht aufkommen kann, und ob es künftig demgemäß handeln wird, das ist zu bezweifeln.

Italien. Ein neues Ministerium hat es übernommen, die Konvention mit Frankreich, deren Abschluß das vorige Ministerium gestürzt hat, zur Ausführung zu bringen. Je mehr die Kenntniß dieser Konvention in das Volk dringt, je mehr überzeugt man sich von der Nützlichkeit derselben. Wenn sie auch nicht augenblicklich alles gewährt, was die Vaterlandsfreunde wünschen müssen, so gewährt sie doch das, was im Augenblick zu erreichen war, und läßt die Erreichung des Uebrigen in nicht allzulanger Zeit hoffen.

Spanien. Das neue Ministerium, obgleich der entschiedensten Rückschrittspartei angehörig, hat den Antritt der Regierung mit einem bemerkenswerthen Akt gekennzeichnet: es hat angeordnet, daß sämmtliche in den letzten Jahren bezahlten Strafen für Preßvergehen zurückgezahlt werden sollen, und zwar nicht nur die als Strafe gezahlte Summe, sondern auch die Zinsen derselben werden von der Staatskasse zurückerstattet.

Amerika. Während an der Grenze der Nord- und Südstaaten das Kriegsglück hin und herschwankt, sich jedoch in letzter Zeit entschieden mehr dem Norden zuwendet, ist an der Südgrenze des alten Unionsgebietes ein Ereigniß eingetreten, dessen Tragweite nach zwei Seiten hin nicht zu unterschätzen ist. Der Ex-Präsident der ehemaligen Republik Mexiko, Juarez, ist, von den kaiserlichen Truppen gedrängt, auf das Gebiet der Vereinigten Staaten übergetreten. Anstatt aber die Waffen niederzulegen, hat er erklärt, daß er ein Hülfskorps der nordstaatlichen Armee sei. Da ein solcher Schritt aller Wahrscheinlichkeit nach nur in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten geschehen ist, so gewinnen dadurch die Nordstaaten ein trefflich geschultes Heer mit guten Offizieren, welches auf den Verlauf des Krieges nicht ohne Einfluß sein wird. Außerdem aber hat Präsident Lincoln doch sicher dem Juarez auch seine Hülfe versprochen, sobald die Ruhe in der Union hergestellt ist, und mit dieser Hülfe wird es alsdann dem Juarez leicht werden, das Kaiserreich von Napoleons Gnaden über den Haufen zu stürzen, und den Kaiser Maximilian zu zwingen, das Land wieder zu verlassen.

Der beendete Krieg und die Militärfrage.

Die „Provinzial-Korrespondenz", welche in sehr vielen Exemplaren im Lande verbreitet wird, und von welcher nur selten Aeußerungen an die Oeffentlichkeit gelangen, hat sich über die Wirkung, welche der Krieg auf die Entscheidung der Militärfrage haben wird, in folgender Weise ausgelassen: „Es erscheint geradezu unmöglich, daß die Erfahrungen und die Errungenschaften dieses Krieges nicht wesentlich dazu beitragen sollten, den Widerspruch gegen die Armee-Reorganisation abzuschwächen und deshalb die Verständigung über die Militärfrage zu erleichtern.

Die Armee, so wie sie ist, hat die Kriegsprobe, auf welche sie gestellt worden, so glänzend, so ruhmvoll bestanden, daß es ein freventlicher Leichtsinn, daß es Verrath am Vaterlande wäre, an ihren bewährten Einrichtungen auf Grund bloßer Parteimeinungen von Neuem rütteln zu wollen. So lange unser Heer keine Gelegenheit gehabt hatte, seine Kriegstüchtigkeit im ernsten Kampfe zu bewähren, konnten allerlei Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen mit mehr oder weniger Schein von Berechtigung erhoben werden. Zwar beruhete die jetzige Organisation auf der langjährigen Erfahrung und gewissenhaften Fürsorge des königlichen Kriegsherrn und der tüchtigsten Militärs; aber die Vortrefflichkeit derselben konnte, so lange die wirkliche Erprobung fehlte, Niemandem geradezu bewiesen werden, und wenn in den Zeitungen und im Landtage, zum Theil von früheren Militärpersonen, mit großer Sicherheit behauptet wurde, daß unser Heer auf andere Weise besser einzurichten wäre, so war es kein Wunder, daß das Land darüber zweifelhaft und bedenklich wurde. Jetzt steht es damit jedenfalls anders: von den Einrichtungen, die wir haben, wissen wir durch eine ruhmvolle Erprobung, daß sie vortrefflich sind, — andere, die man an ihre Stelle setzen möchte, können möglicherweise sehr gut sein, aber es ist fürerst eben nur möglich, es ist nicht erwiesen. Wenn nun die Regirung das erprobte Gute festhalten und nicht gegen Ungewisses und Zweifelhaftes daran geben will, so wird ihr darin unzweifelhaft das preußische Volk, welches mit Freude und Stolz auf seine treffliche von ganz Europa bewunderte Armee blickt, zur Seite stehen."

In diesen Zeilen ist deutlich zu erkennen, daß der Verfasser gar nicht weiß, um was man sich im Landtage bei der Militärfrage gestritten hat. Nur dadurch ist es möglich, daß er ein Rütteln an der jetzigen Organisation „freventlichen

Leichtsinn, ja Verrath am Vaterlande" nennen kann. Ein solches Schimpfen auf die Gegner ist weder geeignet, die Versöhnung mit ihnen anzubahnen, welche der Schreiber doch zu wünschen vorgiebt, noch sie zu überzeugen. Die Opposition im Landtage hat niemals die Tüchtigkeit unserer Armee verkannt, sie hat im Gegentheil ihr Vertrauen in diese Tüchtigkeit noch in der letzten Session dadurch anerkannt, daß sie dem jetzt beendeten Kriege von vornherein ein so hohes Ziel stecken wollte, daß nur eine allerseits als tüchtig anerkannte Armee ihm gewachsen sein konnte. Was macht aber eine Armee tüchtig? Doch nur der Geist, der sie belebt, und den Jeder, welcher in die Armee eintritt, von Hause mitbringen muß, der in Schule und Leben vorher dem Manne anerzogen sein muß, und die militärische Ausbildung. Ueber Beides ist niemals im Lande und im Landtage Streit gewesen. Für Hebung der Schulen und für Entwickelung eines starken vaterlandsliebenden Geistes und Muthes durch Gewährung der freiesten Entfaltung der Kräfte der Bürger hat der Landtag jederzeit eingestanden. Man hat nur gestritten über die Zahl der im Frieden zu stellenden Truppen und über die Zeit, welche zur militärischen Ausbildung des Einzelnen nöthig ist. Was das Erstere anlangt, so kann man doch das wahrlich nicht sagen, daß die 70,000 Mann Soldaten, welche in Schleswig so ruhmvoll gekämpft, das nur darum gethan und gekonnt haben, weil sie wußten, daß noch 121,000 Andere Gewehr bei Fuß im Lande standen. Das wäre eine Verleumdung der Braven. Und ebenso wenig kann man sagen, daß die 70,000 Kämpfer nur aus einer Armee von 213,000 Mann zu nehmen gewesen sind, daß die alte Armee von 153,000 Mann dazu zu klein gewesen wäre. Für den Streit, der in Bezug auf die Armee geschwebt hat und noch schwebt, ob im Frieden 213,000 oder nur 153,000 Mann Soldaten gehalten werden sollen, kann also der jetzt beendete Krieg gar Nichts beweisen. Mindestens nur das Gleiche, d. h. auch gar Nichts ist durch den jetzigen Krieg für den andern Streit bewiesen worden, ob zur vollen militärischen Ausbildung des Einzelnen eine dreijährige Dienstzeit nöthig ist, wie die Regierung behauptet, oder eine zweijährige Dienstzeit genügt, wie der Landtag namentlich deshalb behauptet, weil sie während 20 Jahren, wo wir sie gehabt haben, ausgereicht hat. Auch für diese Differenz kann der jetzt beendete Krieg Nichts beweisen, weil natürlich von den 70,000 Mann Kämpfern in Schleswig nur etwa 20,000 3 Jahre, 50,000 aber, also mehr wie noch einmal so viel, nur 2 Jahre und nicht einmal 2 Jahre gedient hatten, wie das ja in jeder Armee nothwendig der Fall sein muß. Alle Soldaten in Schleswig haben aber gleich brav gekämpft. Man kann also gewiß nicht sagen, daß der Krieg bewiesen hat, daß nur eine dreijährige militärische Dienstzeit einen guten Soldaten bilden kann, denn die dreijährigen waren in der Minderzahl. Die Zahl der im Frieden zu haltenden Soldaten und die Länge der Dienstzeit sind aber die Hauptstreitpunkte in der Militärfrage zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus gewesen. Alles Andere ist Nebensache. In diesen beiden Hauptfragen hat das Abgeordnetenhaus bisher der Regierung widerstanden, weil es dem Lande eine Erleichterung in der Steuerlast von mehreren Millionen Thalern jährlich verschaffen möchte, und es hat durch seine Opposition schon die Regierung dazu bestimmt, den Steuerzuschlag von 25%, welchen wir 2 Jahre lang haben zahlen müssen, nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Der Streit über die Militärfrage ist, wie er sich äußerlich darstellt, wesentlich ein Streit über die Höhe der vom Lande für seine Vertheidigung zu zahlende Geld- und Blutsteuer, und wir zweifeln nicht, daß das Volk bei der Ausfechtung dieser Streitfrage auf Seiten derer stehen wird, welche dieselbe so weit erniedrigen wollen, als dies ohne Schwächung der Wehrkraft des Volkes geschehen kann.

Sprechsaal.

Billiger Lohn. Einer der ergebensten Anhänger Napoleons war der König Friedrich August von Sachsen. Nach der Schlacht bei Leipzig, in der seine Truppen, deutscher gesinnt als ihr König, zu den Verbündeten übergingen, wurde er in der erstürmten Stadt gefangen genommen. Man brachte ihn nach Friedrichsfelde bei Berlin. Die Regierung Sachsens übernahm die sogenannte Centralverwaltung, an deren Spitze der große Minister Freiherr von Stein stand. Natürlich wurden der Centralverwaltung auch die Landeskassen überwiesen. Der General-Steuerkassenrendant B..., der an das sächsische Königshaus eine große Anhänglichkeit hatte, glaubte seinen Patriotismus nicht besser beweisen zu können, als daß er mehrere Millionen aus seiner Kasse bei Seite brachte. In der damals allgemein herrschenden Verwirrung wurde das nicht bemerkt. Als nun der König Friedrich August 1815 in sein verkleinertes Land zurückkehren durfte, da ließ B... bei demselben um eine Audienz bitten; er habe, erklärte er, dem Könige eine sehr wichtige Mittheilung zu machen. In Sachsen war jedoch eine strenge Hofetikette und der König konnte mit Niemandem sprechen, der nicht mindestens Majorsrang hatte, und B...'s Stelle hatte keinen so hohen Rang. Die Audienz konnte also nicht bewilligt werden. Da man indeß den alten Beamten als einen treuen Anhänger kannte und wußte, daß er gewiß nur aus einem wichtigen Grunde um die Audienz gebeten hatte, und er sich weigerte, einem Anderen Mittheilung zu machen, so wurde der Minister von Zeschwitz für diesen besonderen Fall als Stellvertreter des Königs bevollmächtigt. B... erschien vor ihm, theilte ihm mit, wie er 1813 das Geld für seinen königlichen Herrn bei Seite geschafft und wo er es angelegt habe. Der Minister war natürlich sehr erfreut und berichtete die Sache sofort dem Könige. Friedrich August sagte darauf: „Ei, das ist ja sehr schön, mein lieber Zeschwitz; aber wie kommen wir um den Dank?" Der Minister erwiderte schnell gefaßt: „Majestät, wir geben ihm einen Verweis." — Und so geschah es. B... erhielt ein Schreiben, in dem seine gute Gesinnung zwar anerkannt, das Geld auch angenommen, ihm aber doch bedeutet wurde, daß seine Handlungsweise eine sehr eigenmächtige gewesen und nur dieses Mal aus besonderer Huld von Sr. Majestät verziehen werden solle. So war die Sache für die Regierenden allerdings recht geschickt geordnet; B... indeß war so thöricht, sich den erhaltenen Verweis zu Herzen zu nehmen und sich darüber zu grämen. Er starb 1816.

Briefkasten.

Auf einige an uns gerichtete Anfragen bemerken wir, daß möglicherweise einigen Postanstalten die offizielle Anzeige über das Erscheinen unseres Blattes verspätet zugegangen ist. Jetzt sind hoffentlich alle Postämter benachrichtigt, so daß der Annahme von Abonnements keine Schwierigkeiten mehr entgegenstehen werden.

Die Redaktion der Verfassung.

Briefe an die Redaktion werden franco erbeten.

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Berlin.